Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Sondernummer

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-, Halbjahresabonnement S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-, Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Telefon 0222/57-37-23. Redaktion: 1042 Wien, Postfach 52. Telefon: 0222/57-37-59. Journaldienst: Mo. – Fr. 18 – 19.30 Uhr.

König und Bauer: Streik für Innerbetriebliche
Austria Tabakwerke: Kampfaktionen gegen Prämienkürzung
1.000,-S-Forderung bei Sacher Technik Wien

Gewerkschafterkonferenz gegen das AKW-Programm
Aufruf der Gewerkschafterkonferenz für den Großaktionstag am 9. April

Keine Verschleppung der großen Lohnrunden!

Für die Forderung nach einem Mindestbetrag!

Am 31. März läuft der auf 13 Monate abgeschlossene Chemiearbeiter-Kollektivvertrag aus. Der Metallarbeiter-KV wurde unbefristet abgeschlossen. Für einen unbefristeten KV sieht das Arbeitsverfassungsgesetz eine Mindestlaufzeit von 12 Monaten vor. Für den geltenden KV würde diese Mindestlaufzeit am 14. März auslaufen. Ähnlich liegt die Sache bei den Industrieangestellten. Hier wäre der 31. März der Termin. Insgesamt betreffen diese drei Kollektivverträge 600.000 Arbeiter und Angestellte.

Die Vorstellungen der Kapitalisten sind klar. Die Geltungstermine, mit dem die neuen KV in Kraft treten, sollen möglichst lange hinausgezögert werden. Die Lohnabschlüsse sollen möglichst niedrig auf jeden Fall aber „unter der Inflationsrate" liegen. Die Laufzeiten der neuen KV sollen möglichst lang sein. Was die anderen KV-Bestimmungen betrifft, sollen möglichst sogar Verschlechterungen durchgesetzt werden. Das alles haben die Kapitalisten bei den Textilarbeitern und bei den Handelsangestellten schon vorexerziert. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben bisher gezeigt, daß sie gewillt sind, die Gewerkschaftspolitik und die Interessen der Lohnabhängigen vollständig den Interessen der Kapitalisten unterzuordnen.

Verschleppung der KV-Abschlüsse – das ist jetzt die Parole Nr. 1 der Kapitalisten. Dabei können sie sich die Tatsache zunutze machen, daß die KV der Metallarbeiter und Industrieangestellten unbefristet abgeschlossen wurden. Seit einigen Wochen hieß es, daß erst mit einem Abschluß per 1. Juni zu rechnen sei. Das würde eine Laufzeit von 14½ Monaten bedeuten. Deshalb war auch die Sitzung des Zentralvorstandes der Metallarbeitergewerkschaft erst für 6.3., die des Sektionsvorstandes der Industrieangestellten erst für 15.3. angesetzt.

Am letzten Montag hat nun die ZV-Sitzung der Metallarbeitergewerkschaft stattgefunden und ein Verhandlungskomitee wurde gewählt. Wie auch in der Vergangenheit wurden dort keine Forderungen disku-[illegible]t oder aufgestellt, um die strengste Geheimhaltung der Pläne und Vorstellungen der Herren Arbeitervertreter gegenüber den Arbeitern, die sie vertreten sollten, zu sichern. Am Dienstag hat sich anscheinend das Verhandlungskomitee erstmals getroffen. Am Donnerstag wurde im Lohnunterausschuß der Paritätischen Kommission die Freigabe von Lohnverhandlungen für die Metallarbeiter beantragt. Dieser Ausschuß, in dem hauptsächlich Vertreter der Regierung, der Gewerkschaft und der Kapitalistenverbände sitzen und in dem die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, hat daraufhin die Show abgezogen, diesen Antrag „zurückzustellen", weil er „zu kurzfristig eingebracht" war. Ganz im Sinn der Verschleppungspläne der Kapitalisten

Nach dieser Sitzung des Lohnunterausschusses haben sie allerdings einiges herausgelassen. Zum Beispiel, daß Laufzeiten von 14 bis 17 Monaten üblich und normal wären. Anscheinend ist den Kapitalisten eine Verschleppung bis 1. Juni noch zu wenig. Anscheinend steuern sie den August an.

Die Verschleppungstaktik ist in einer Zeit, in der Monat für Monat die Inflation am Lohn frißt, eine der schärfsten Waffen der Kapitalisten. Jetzt kommen sie damit daher, daß 14 – 17 Monate „normal" sind. Vom Standpunkt der Arbeiter aus ist es aber in viel höherem Maß normal, gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalisten und gegen die Politik der Gewerkschaftsführung, im besonderen gegen die Verschleppungstaktik aufz[illegible]ten. Wo es Widerstand gibt, ist schon so manches „Normale" über den Haufen geschmissen worden. Voriges Jahr ist bei den Metallarbeitern unter dem Druck aus den B[illegible]trieben sogar das völlig „Abnormale" p[illegible]rt, daß ein KV am 14. eines Monats in Kraft getreten ist. Auch für diesen KV ist noch nicht aller Tage Abend. Am Donnerstag, den 16.3., kommt der Antrag der Metallarbeiter wieder in den Lohnunterausschuß. Daß sie den neuen KV bis in den Sommer hinein verschleppen wollen, ist klar. Wie weit sie das können, muß sich erst noch zeigen.

Neben dem Verschleppen der KV-Abschlüsse kommt es den Kapitalisten vor allem darauf an, 5% oder noch weniger zu erreichen. Bei den niedrigeren Löhne bedeutet das fast schon ein Nichts an Lohnsteigerung, bei den höheren ist es nicht viel besser. 5% wären in den angeführten Beispielen (siehe Tabelle) 218.- bis 342.- S. Die Inflation hätte demgegenüber bis August 1978 zwischen 325.- und 470.- S vom alten Nettolohn weggefressen.

Bei den Chemiearbeitern ist die Ausgangsforderung 7,8%. Was aus solchen 7.8% werden kann, zeigt ein Blick auf die Handelsangestellten, wo aus 8,5% letztlich 5,8%, und auf die Textilarbeiter, wo aus 9% letztlich 4,5% geworden sind. Das Wichtigste, um einen derartigen Lohnraub entgegenzutreten, wäre ein ausreichender Mindestbetrag in der Lohnforderung. Bei den Handelsangestellten hat es eine Mindestforderung von S 450.- gegeben. Sie war ohnehin schon zu niedrig, hätte aber immerhin eine gewisse Untergrenze des Lohnraubs bedeutet. Die Kapitalisten haben erreicht, daß die Gewerkschaftsführung sie fallengelassen hat. Im Vorjahr hat es eine Reihe scharfer Auseinandersetzungen um die Frage von Mindest- und Sockelbeträgen gegeben. Bei den Industrieangestellten wurden im Vorjahr 730.- gefordert.

Eine ausreichende Mindestbetragsforderung ist eine gute Voraussetzung, um der Lohnraubpolitik der Kapitalisten entgegenzutreten. Ihnen und ihren sozialdemokratischen Knechten in der Gewerkschaftsführung ist sie ein Greuel. Sie werden daher alles tun, um die Aufstellung einer Mindestbetragsforderung bei den KV-Verhandlungen zu vermeiden. Umso wichtiger ist es, daß von den Betrieben her ein Mindestbetrag gefordert wird.

Solche Beschlüsse sind wichtige Schritte, um die Lohnraubpläne der Kapitalisten und die Kapitulationspolitik, die von den Benya, Sekanina, Dallinger und Konsorten der Gewerkschaft aufgezwungen wird, in die Schranken zu weisen. Sie sind wichtig, damit die Abschlüsse nicht ins Bodenlose hinuntergedrückt werden können. Sie haben auch dann ihre praktische Bedeutung, wenn formell von der Gewerkschaftsführung keine Mindestbetragsforderung aufgestellt wird. Wenn in einigen Betrieben oder auch nur in eingen Abteilungen eines wirklich bedeutenden Betriebes ein ausreichender Mindestbetrag gefordert würde, hätte dies zweifellos die größten Auswirkungen auf den Kapitulationsspielraum der Gewerkschaftsführer.

Daß nicht alles nach dem Wunsch der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer gehen muß – dafür gibt es Beispiele aus den letzten Tagen. Die Belegschaft von Sacher Technik Wien hat eine Mindestforderung von S 1.000,- beschlossen. Dieser Betrieb hat zwar nur 30 Beschäftigte, aber er hat ein Beispiel gegeben, wie die Arbeiter und Angestellten ihre Interessen geltend machen können. In zwei Betrieben hat es Streiks und Kampfaktionen gegeben. Das eine ist der zweitägige Streik bei König&Bauer in Mödling bei Wien. Das andere ist der Kampf der Beschäftigten der Austria Tabakwerke in Linz, Hainburg und Wien. Im ersten Fall ging es um eine innerbetriebliche Lohner-

Was eine 5%-Erhöh[illegible]g bringen würde

Lohn und Abzüge	Arbeiter Stahlindustrie 3 Kinder, ohne Alleinverd. 168 Stunden, 50,6 S/Stunde		Arbeiter Stahlindustrie Auto, unverheiratet 191 Stunden, 53,6 S/Stunde		Arbeiterin Elektroindustrie verheiratet S 43/Stunde, 177 Stunden	
Bruttolohn	8.501,-	8.926,-	10.248,-	10.760,-	7.611,-	7.992,-
Zulagen	1.054,-	1.107,-	1.480,-	1.554,-	–	–
Überstd. Zuschlag	288,-	302,-	2.013,-	2.114,-	193,-	203,-
Wohnungsbeihilfe	30,-	30,-	30,-	30,-	30,-	30,-
Lohn brutto	*9.873,-*	*10.365,-*	*13.771,-*	*14.458,-*	*7.834,-*	*8.225,-*
(davon lohnsteuerfrei)	*1.180,-*	*1.238,-*	*3.771,-*	*3.860,-*	*223,-*	*233,-*
Lohnsteuer	75,-	164,-	1.388,-	1.456,-	903,-	987,-
Sozialversicherung	1.312,-	1.430,-	1.682,-	1.959,-	1.042,-	1.127,-
Gewerkschaft	98,-	100,-	100,-	100,-	78,-	82,-
Summe d. Abzüge	*1.485,-*	*1.694,-*	*3.170,-*	*3.515,-*	*2.023,-*	*2.196,-*
Nettolohn	*8.388,-*	*8.671,-*	*10.601,-*	*10.943,-*	*5.811,-*	*6.029,-*
Nettoerhöhung	*283,-*		*342,-*		*218,-*	

Ergebnisse und Aufruf der Gewerkschafterkonferenz zur Vorbereitung des Großaktionstages am 8./9. April in Wien gegen das AKW-Programm

Seite 3 und 4

König und Bauer/Mödling
Streik um innerbetriebliche Lohnerhöhung

Die mehr als 200 Arbeiter der Maschinenfabrik Koenig und Bauer traten am Montag, den 6. März, in einen Streik für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 6%. Das unmittelbare Streikziel konnte nicht erreicht werden. Als die Firmenleitung ihr Angebot einer einmaligen Prämie auf ca. S 1.500 erhöhte, und gleichzeitig die Gewerkschaftsführung drohte, sie werde den Streik nicht weiter unterstützen, wurde Mittwoch vormittag die Arbeit wieder aufgenommen. Von der bürgerlichen Öffentlichkeit wurde der Streik aus gutem Grund fast vollständig totgeschwiegen; stehen doch die Kollektivvertragsverhandlungen der Branchen Metall-Bergbau-Energie bevor.

Antwort auf Lohnabbau und Streichungen von Sozialleistungen: Innerbetriebliche Lohnforderung

Bei Koenig und Bauer, einem Zweigwerk einer großen Würzburger Maschinenfabrik, werden vor allem Präzisionsmaschinen (für Banknotendruck, spitzenlose Rundschleifmaschinen) und Ersatzteile produziert. Sie gehen hauptsächlich in den Export, besonders in Comecon-Länder und auch in die Dritte Welt. Die Belegschaft besteht zum größten Teil aus hochqualifizierten Facharbeitern. Das Lohnniveau ist relativ hoch.

Noch vor einigen Jahren konnten die Arbeiter mit der Waffe einer angedrohten Überstundenverweigerung innerbetriebliche Lohnerhöhungen erzwingen. In den letzten zwei Jahren nahm die Zahl der Überstunden ab. Die Betriebsleitung versuchte, das Lohnniveau zu drücken und andere Errungenschaften der Arbeiter zu beseitigen (z.B. Fahrtkostenzuschüsse). Dabei kam ihm der revisionistische Betriebsrat unter Leopold Pipek (Gewerkschaftlicher Linksblock) mit seiner Politik der Klassenzusammenarbeit entgegen: „Das alljährliche Argument der Direktion, angesichts der Krise müßten größere Investitionen getroffen werden, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, wurde ohnehin vom Betriebsrat berücksichtigt, und er forderte nur eine einmalige Leistungsprämie." (Volksstimme, 9.3.78) Ermutigt durch diese Politik der Revisionisten im Betriebsrat, die Arbeiterinteressen den Osthandelsambitionen der Firma zu opfern, wurde die Firmenleitung immer frecher: Seit drei Jahren gab es keine innerbetrieblichen Lohnerhöhungen mehr, im Vorjahr wurden S 700.000 an Fahrtkostenzuschüssen gestrichen.

All das rief den Unmut der Belegschaft hervor und führte dazu, daß seit einigen Monaten beraten wurde, wie eine innerbetriebliche Lohnerhöhung durchgesetzt werden kann. Schon seit einiger Zeit stand die Forderung nach 6%. Sicher kein Beitrag zur Konkurrenzfähigkeit der Firma im Sinne der GLB-Politik. Die Firmenleitung versuchte, mit einem Angebot von S 700,- als einmalige Prämie die Lage zu entschärfen und gleichzeitig den Betriebsrat auf ihre Seite zu ziehen, der ja immer von der Rücksicht auf den Betrieb ausging. Doch die Kapitalisten hatten sich verrechnet.

Das provokante Angebot gab nun den Ausschlag: „Wir wollen nicht ein Almosen, was wir brauchen, ist eine Lohnerhöhung um 6 Prozent!" Der Streikbeschluß wurde gefaßt, Betriebsrat und Gewerkschaft wurden aufgefordert, den Streik zu unterstützen. Der Betriebsrat sagte die Unterstützung zu. Ab Montag früh stand der Betrieb. Mit Ausnahme einiger technischer Angestellter wurde der Streik lückenlos durchgeführt, auch von den Schichtarbeitern.

Sozialdemokratische ÖGB-Führung verlangt Einstellung des Streiks

Laut ORF drohte schon Dienstag der Zentralsekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie, Sagmeister, mit Nicht-Unterstützung des Streiks, wenn auf das Angebot der Firma nicht eingegangen würde. Diese hatte inzwischen ihr Angebot von einem Gesamtbetrag von S 150.000 auf S 250.000 erhöht, eine Innerbetriebliche jedoch kategorisch abgelehnt.

Soweit andere Belegschaften der Branche vom Streik erfahren (wie z.B. bei Wertheim in Wien), wird er von vielen Kollegen vor allem in seiner Bedeutung für die bevorstehenden Lohnverhandlungen gesehen: Daß es „den Kapitalisten einmal gezeigt wird", als Beitrag für eine Kampffront gegen die Lohnraubpläne der Metallkapitalisten. Der Betriebsrat von Wertheim sichert Unterstützung zu. Es ist klar, daß der bürgerlichen ÖGB-Führung, die eine kampflose Kapitulation der Metallarbeiter organisieren will, nicht ins Konzept paßt. Sagmeister wiederholt seine wilden Drohungen, wie er sie schon gegen den großen Böhler-Streik ausgestoßen hat: Ein betrieblicher Streik vor KV-Verhandlungen richte sich gegen die Solidarität, man müsse sich ganz auf den Branchen-Abschluß konzentrieren. Deshalb droht er mit Entzug der Streikunterstützung.

Der Revisionist Pipek leistet seinen Beitrag zur Niederlage. Er verlegt sich auf die absurde Argumentation, daß die Innerbetriebliche für die Firma sowieso leicht tragbar wäre. Einem eigens aus Würzburg angereisten Manager fällt es nicht schwer zu beweisen, daß das natürlich keineswegs der Fall ist. Ein Betriebsrat, der nur ja nicht in den Geruch kommen will, den Kapitalisten weh zu tun, kann nur den Boden für einen erzwungenen Rückzieher der Belegschaft bereiten.

Unter diesen Umständen findet Mittwoch früh eine stürmische Betriebsversammlung statt. Viele wollen den Streik fortsetzen. Die Empörung über die Haltung der Gewerkschaftsführung ist groß. Die Drohung der Gewerkschaftsführung und das neue Angebot der Kapitalisten, für jeden Arbeiter eine einmalige Prämie von S 1.500,- zu zahlen, geben schließlich den Ausschlag. Die Arbeit wird um 9 Uhr vormittags wieder aufgenommen. Neben der Prämie muß die Firmenleitung Verhandlungen über die Wiedereinführung der Fahrtkostenzuschüsse zugestehen.

Das direkte Kampfziel ist nicht erreicht worden, einen Teilerfolg hat es gegeben. Doch die ganze Aktion der Kollegen von Koenig & Bauer beweist, daß die Metallarbeiter keinesweg eine „g'mahte Wiesn" für die Kapitalisten sind. Unter den Bedingungen einer massiven Propaganda- und Einschüchterungskampagne gegenüber den Belegschaften vor allem der großen Metallbetriebe, so knapp vor den KV-Verhandlungen einen Streik zu wagen, ist für eine Belegschaft kein leichter Entschluß: Der Widerstand gegen die Lohnraubpolitik ist offensichtlich geworden. Der Streik hat aber auch gezeigt, daß unter der Führung der Prediger der „Rücksichtnahme auf die Wirtschaft" (der „K"PÖ oder SPÖ) kein voller Erfolg gegen die Kapitalisten möglich ist.

Sacher Technik/Wien fordert: mindestens S 1.000,-

Sacher Technik Wien ist ein mittlerer Gewerbebetrieb, der Halbleiter erzeugt und Maschinen für die Halbleiterproduktion entwickelt. Alle Beschäftigen (ca. 30) sind im Angestelltenverhältnis.

Frage: Ihr habt auf einer Vollversammlung der Belegschaft eine betriebliche Gehaltsforderung beschlossen, die ab 1. April in Kraft treten soll. Wie ist es dazu gekommen?

Kollege: Wir werden nach dem KV für das Allgemeine Gewerbe bezahlt, nach dem traditionell nur alle 2 Jahre, und dann nur Erhöhungen der Mindestgehälter ausgehandelt werden: Ohne jegliche Regelung der Beibehaltung von Überzahlungen o.ä. Diese Mindestgehälter liegen noch unter denen der Industrieangestellten und betragen z.B. für Facharbeiter (und HTL-Techniker, alle im Angestelltenverhältnis in der Verwendungsgruppe C III) nicht mehr als S 6.000,- bis 8.000,- brutto. Die tatsächlichen Verdienste der Fachkräfte liegen durchschnittlich über S 10.000,- (ohne Abteilungsleiter). Deshalb waren und sind wir nicht gewillt, auf KV-Abschlüsse zu warten, die uns praktisch nichts bringen. So haben wir – wie auch schon in den letzten Jahren – seit Jahresanfang über die Notwendigkeit und Höhe einer betrieblichen Gehaltserhöhung gesprochen.

Frage: Von wem und wie wurde diese Debatte eingeleitet und geführt?

Kollege: Die Belegschaft hat zur Einleitung niemanden gebraucht. Für die Kollegen steht mit dem Reallohnverlust durch Teuerung und Steuerausplünderung diese Frage ganz natürlich zur Diskussion. Wir haben überhaupt die Erfahrung gemacht, daß die Kollegen gar nicht auf den Gedanken kommen, sich von der Verfolgung ihrer Interessen abhalten zu lassen, wenn man ihnen nicht tagtäglich einbleuen will, daß sie auf die Kapitalisten Rücksicht nehmen müssen. Deshalb wurde über eine Gehaltserhöhung von Anfang an von der überwiegenden Mehrheit der Kollegen gesprochen.

Frage: Wie haben sich die Betriebsräte verhalten?

Kollege: Unsere Betriebsräte stehen voll hinter unseren Bestrebungen. Sie haben letztes Jahr – unmittelbar nach ihrer Wahl – die Gehaltsverhandlungen und die Verhandlungen um eine fünfte Urlaubswoche erfolgreich geführt.

Frage: Wie hat sich die Forderung nach 1.000 Schilling oder 12% herauskristallisiert?

Kollege: Die Vorstellungen der Kollegen haben sich zwischen 10% und 1.500 Schilling bewegt. Dabei haben sich die Kollegen überlegt, daß als erstes einmal mindestens das erreicht werden muß, was man *netto* durch den dauernden Reallohnabbau verloren hat. Weiters haben wir schon die Erfahrung gemacht, daß ein einheitlicher Mindestbetrag die günstigste Bedingung dafür ist, daß man den Bestrebungen der Firmenleitung nach totaler Zersplitterung der Belegschaft durch bloße individuelle Erhöhungen entgegengetreten kann. Auf einer Betriebsversammlung (während der Arbeitszeit, 100%ige Anwesenheit) wurden diese Gesichtspunkte sowie auch die Bedingungen für die Durchsetzung besprochen und einstimmig 12%, mindestens aber S 1.000,- als Forderung beschlossen.

Welche Bedingungen sind vor allem in Erwägung gezogen worden?

Kollege: Allgemein wurde festgestellt, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die ungünstigen Abschlüsse bei anderen Branchen auch in unserem Betrieb die Position der Kapitalisten stärken. Andererseits gibt es günstige Bedingungen für die Belegschaft: Ohne Überstunden könnte der Betrieb seine Position nicht halten, seit Monaten werden täglich und am Wochenende Überstunden verlangt, um einen Auftrag termingerecht zu erfüllen. Unter diesen Bedingungen sind die Kollegen nicht bereit, auch bei der Bezahlung noch zurückzustecken. Gleichzeitig verschafft uns das objektiv eine stärkere Ausgangsposition gegenüber der Firmenleitung.

Frage: Werdet Ihr mit Eurer Forderung durchkommen?

Kollege: Es wird nicht leicht sein. Aber der einstimmige Beschluß der Betriebsversammlung ist eine günstige Voraussetzung. Außerdem sind wir auch in bezug auf die Durchsetzung unserer Interessen nicht ganz ohne Erfahrungen: Mit einer weitgehend geschlossenen Überstundenverweigerung sowie mit einer Art „Bummelstreik" (Arbeit ohne irgendwelche Ergebnisse) haben wir uns in früheren Jahren bereits erfolgreich gegen drohende Verschlechterungen gewehrt.

Austria Tabakwerke:

Am Freitag, den 3.3., wurde in den AuATW-Betrieben Linz, Wien und Hainburg die Ankündigung der Prämienkürzung mit sofortigen Protestversammlungen beantwortet. Die Firmenleitung will die Produktivitätsprämie für 1977 um S 1.200,- auf S 4.000 kürzen. Kein Zufall ist es, daß die Kampfaktionen von Linz ausgegangen sind, wo den 350 Kollegen in nächster Zeit die Abwehr der Folgen der Einstellung der Ovalzigaretten (Austria 3 und Austria C) bevorsteht. In Hainburg (300 Arbeiter und Angestellte) kam es zu einer spontanen Arbeitsniederlegung. In Wien (ca. 130) wurde am selben Tag vom Betriebsrat eine Versammlung einberufen.

Der Zentralbetriebsrat wurde beauftragt, mit der Geschäftsleitung Verhandlungen aufzunehmen.

ATW-Kapitalisten wollen Abbau der Errungenschaften der Arbeiter

Die Arbeiter der ehemaligen Österreichischen Tabakregie haben sich einiges erkämpft:

So sind derzeit 75% eines 15. Monatsgehaltes erreicht, jedes Jahr im Frühjahr gibt es innerbetriebliche Einstufungsverbesserungen und die Produktivitätsprämie wird ausbezahlt. Unter der Generaldirektion des Kapitalisten-Bosses Musil versuchen die Kapitalisten seit Jahren, die Errungenschaften der Arbeiter zu beseitigen: Die eigene bessere Pensionsversicherung ist schon vor Jahren in die Pensionsversicherung nach dem ASVG aufgelöst worden.

Erfolgreiche Gewerkschafterkonferenz zur Vorbereitung des Großaktionstags gegen das AKW- Programm am 9. April in Wien

Über 30 Betriebsräte, Personalvertreter und Jugendgewerkschafter aus zahlreichen städten Österreichs nahmen an Sonntag, den 12. März, an einer Gewerkschafterkonferenz teil. Die Aufgabe der Konferenz bestand darin, den Stand und die nächsten Schritte in der Mobilisierung für die Demonstration am 9. April in Wien zum Parlament und die Stärkung und Verbreiterung des Widerstands gegen das AKW-Programm in Betrieben und Gewerkschaften im Zuge der Vorbereitung und Durchführung dieser Demonstration zu beraten.

Am Beginn der Konferenz, nach der Verlesung der eingelangten Grußbotschaften und Unterstützungserklärungen, hielten zwei Mitglieder des Vorbereitungskomitees Referate über die Entwicklung der Bewegung gegen AKW und die Bedeutung der Demonstration am 9. April sowie über die verlogene und hetzerische Propaganda der ÖGB-Führung, und wie man ihr entgegentritt.

Außerdem wurde auf der Konferenz über die Hauptforderungen der IÖAG gesprochen und ihre Bedeutung als Grundlage der breitestmöglichen Aktionseinheit der Massen hervorgestrichen. Diese Forderungen stehen, von der Gewerkschafterkonferenz einstimmig beschlossen, am Ende der beiden wichtigsten Beschlüsse.

Im zweiten Tagesordnungspunkt lieferten mehrere Kollegen Berichte, wurden wichtige Erfahrungen ausgetauscht und ein Plan sowie Richtlinien für die Arbeit in den letzten 4 Wochen bis zur Demonstration festgelegt. Die Berichte zeigten, daß die Bedingungen für die Entfaltung eines breiten Widerstandes gar nicht so schlecht sind, auch wenn diese Arbeit in den Gewerkschaften noch ziemlich am Anfang steht.

Berichtet wurde, daß in einem Wiener gewerblichen Mittelbetrieb fast alle Belegschaftsmitglieder eine Resolution gegen das AKW unterschrieben haben, und vielleicht ein Drittel der Kollegen zur Demonstration kommt. In Vorarlberg werden sich vielleicht schon in nächster Zeit Betriebsräte und Kollegen selbst großer Metall- und Textilbetriebe der Bewegung und dem Aufruf anschließen. Unter den Lehrern ist offenbar bereits in vielen Städten Österreichs ein sehr ausgeprägter Widerstand vorhanden. Von einer Linzer ÖGJ-Gruppe werden voraussichtlich die Mehrzahl der Jugendlichen selbst an der Demonstration teilnehmen.

Festgestellt wurde auch, daß die ÖGB-Führung krampfhaft bemüht ist, den Widerstand gegen das AKW-Programm in den Gewerkschaften nicht aufkommen zu lassen, und daß insbesondere zahlreiche SP-Mitglieder das AKW-Programm ablehnen, sich das aber (noch) nicht offen zu sagen trauen.

Für die Arbeit in den letzten Wochen vor der Demonstration wurde festgehalten, daß sich jeder der anwesenden Kollegen in erster Linie einmal bemüht, in seinem Betrieb Unterstützung durch die Masse der Kollegen zu finden. In den Betrieben der anwesenden Kollegen sowie in möglichst vielen weiteren, soll vor allem der Aufruf der Gewerkschafterkonferenz, der von der IÖAG auch als Plakat gedruckt wird, aufgehängt werden. Darüber hinaus werden verschiedene Aktivitäten wie Veranstaltungen, Spendensammlungen usw. geplant. Außerdem sollen möglichst viele Betriebsräte zur Unterstützung des Aufrufs gewonnen werden, sollen Beschlüsse in verschiedenen gewerkschaftlichen Organen gefaßt werden, sollen die Gewerkschaftsführung und Gewerkschaftspresse mit solchen Beschlüssen bzw. Stellungnahmen und Leserbriefen konfrontiert werden.

Zentral wurde ein „Kontaktkomitee der Gewerkschafter in der IÖAG" bestimmt, das einen Überblick über den Widerstand gegen das AKW-Programm in den Gewerkschaften haben, diesen Widerstand organisieren und der zentralen Gewerkschaftsverantwortlichen der IÖAG bei seinen Aufgaben helfen soll. So sollen Delegationen von Betriebsräten in die unmittelbar betroffenen Gebiete gesandt, eine Pressekonferenz vor dem 9. April durchgeführt werden, usw. Bis Ende März sollen auch alle jene Belegschaften, Betriebsräte, Gewerkschaftsmitglieder und Gruppen von Kollegen, die den Aufruf der IÖAG und der Gewerkschafterkonferenz für den 9. April unterstützen, zusammengefaßt und in einem weiteren Flugblatt bekanntgegeben werden.

Die Gewerkschafterkonferenz hat einen Aufruf für den 9. April, eine Grußadresse an die Bauern des Tullnerfeldes, des Waldund Weinviertels, um St. Pantaleon und in Vorarlberg, die sich zum Kampf gegen Atomkraftwerke und Atommüllager erhoben haben, sowie eine Resolution an den ÖGB-Bundesvorstand beschlossen, in der dieser aufgefordert wird, seinen Beschluß für die sofortige Inbetriebnahme zurückzunehmen und die Lügen- und Hetzpropaganda für Zwentendorf und das AKW-Programm der Regierung einzustellen. In der Resolution wird festgestellt, daß *„die Gewerkschaft den Interessen der Arbeiter und Angestellten sowie des ganzen Volkes entsprechend gegen das AKW-Programm auftreten muß."*

Kampfaktionen gegen Prämienkürzungen

Vor einigen Jahren ist ein System der Arbeitsplatzbewertung eingeführt worden, das erst im Rahmen der derzeitigen Rationalisierungen und Umstrukturierungen die ganzen Nachteile für die Arbeiter deutlich werden läßt: Die Arbeitsplatzbewertung erleichtert den Kapitalisten die Durchsetzung von Lohnverlusten bei Versetzungen. Die Arbeiter haben es schon damals nicht ohne Gegenwehr hingenommen, und heute verschärft es den Unmut über alle neuen Angriffe der Kapitalisten. Unter diesem Gesichtspunkt ist der jetzige Versuch der Prämienkürzung zu sehen. Es gibt nicht einmal den Schein einer „Rechtfertigung" dafür, außer dem Profitinteresse des Kapitals: 1977 war der Absatz mit 15,3 Tonnen sogar höher als der im bisherigen Rekordjahr 1973. Die Umsatzsteigerung gegenüber 1976 von 12,5% geht nur zu 10,8% auf die Preiserhöhung zurück. Auch für 1978 ist wieder mit einer Verkaufssteigerung um 1,5 bis 2% zu rechnen (Presse vom 4./5.3. und 7.3.).

Angesichts dieser Tatsachen war die Belegschaft jedenfalls nicht bereit, zur „Reservenbildung" auf einen Teil des inzwischen fixen Lohnbestandteils Produktivitätsprämie zu verzichten und es kam zu den Protestversammlungen.

Am Freitag, den 10.3., fanden dann die Verhandlungen zwischen Zentralbetriebsrat und Firmenleitung statt. Das Ergebnis ist: Es bleibt bei den S 4.000,-, „zum Ausgleich" wird aber das 15. Monatsgehalt im Jahr 1979 voll ausbezahlt und auch für 1978 wird zu den bisherigen 75% noch ein weiteres Achtel ausbezahlt. Das macht zwischen ca. S 900.- bis etwa weniger als die gestrichenen S 1.200.- aus, je nach Gehalt.

Für heuer ist das ein Teilerfolg. Der ZBR hatte keinen klaren Auftrag, die 5.200,-- Prämie zu verteidigen. Das hat dieses „Ausgleichsgeschäft" mit dem 15.Gehalt möglich gemacht. Eine direkte materielle Verschlechterung konnte aber immerhin für heuer zu einem großen Teil abgewehrt werden. Daß das volle 15. Gehalt für 1979 zugesagt worden ist, heißt nicht, daß man sich darauf verlassen kann. Wie die jüngsten Ereignisse zeigen, versuchen die Kapitalisten ständig und überall den Abbau erkämpfter Errungenschaften zu betreiben. Das wird nächstes Jahr nicht anders sein. Daß das bisher nur „in Aussicht genommene" volle 15. Gehalt jetzt fix vereinbart ist, ist eine günstige Bedingung, um die Pläne der Firmenleitung abzuwehren. Daß dafür auf die Verteidigung der vollen Prämie von 5.200,– verzichtet wurde, ist demgegenüber ungünstig. Am meisten zählen aber das Selbstvertrauen und die Kampfkraft der Arbeiter, die durch die jüngsten Aktionen zweifellos gestiegen sind.

Programm und Statut

erhältlich in deutsch und slowenisch

Preis S 5,-.

Lohnrunden...

Fortsetzung von Seite 1

höhung. Im zweiten Fall um die Abwehr einer Kürzung der Produktivitätsprämie. Für die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen, die sich bei der Veröffentlichung der Streikstatistik 1977 gerade noch mit der niedrigsten Streiktätigkeit in ganz Europa und auch in Österreich seit mehr als 20 Jahren gebrüstet hatten, ist das ein schwerer Schlag zum jetzigen Zeitpunkt, unmittelbar vor bzw. schon während der großen Lohnrunden. In beiden Fällen konnte ein Teilerfolg erzielt werden. Beide Fälle zeigen, daß der Steigerung der Ausbeutung erfolgreich entgegengetreten werden kann. Darin besteht ihre weit über die betroffenen Betriebe hinausgehende Bedeutung. Das zeigt sich auch daran, welche Resonanz und Unterstützung die Aktionen gefunden haben, wo sie unter den Arbeitern anderer Betriebe bekannt geworden sind, und in welche Aufregung sie die Kapitalisten und ihre Handlanger in der Gewerkschaft versetzt haben. Allein schon diese beiden Kämpfe haben das Klima der heurigen Lohnrunden, die Bedingungen, unter denen sie stattfinden, in einer für die Arbeiterklasse günstigen Weise verändert.

Aufruf der Gewerkschafterkonferenz österreichischer Atomkraftwerksgegner an die Arbeiter, Angestellten, Beamten und alle Mitglieder des ÖGB!

Am 12. März 1978 haben sich in Wien Betriebsräte, Personalvertreter, Jugendvertrauensräte versammelt und nachfolgenden Aufruf zum verstärkten Kampf gegen das Atomkraftwerksprogramm und zur Teilnahme an der Demonstration am 9. April beschlossen:

Nach dem Plan der Regierung soll das erste Atomkraftwerk in Österreich im Sommer 1978 den radioaktiven Betrieb aufnehmen. Das wäre ein massiver Schritt vorwärts im Rahmen der Durchsetzung des gesamten Atomkraftwerksprogramms, das noch zwei weitere Atomkraftwerke in Österreich bis Mitte der achtziger Jahre sowie die Einrichtung von einem oder mehreren Atommüllagerplätzen beinhaltet.

Das widerspricht den Interessen des Volkes,

weil das AKW-Programm und die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf den Ruin der kleinen Bauern im Umkreis des AKW und der möglichen Atommüllagerplätze und die Verödung dieser Gebiete bedeutet;

weil das AKW-Programm und die Inbetriebnahme Zwentendorfs die schwerste Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung im umliegenden Raum bedeutet; weil es eine schwerwiegende Beeinträchtigung der ganzen ökologischen Umwelt vor allem im Donautal bedeutet;

weil es eine gewaltige Steigerung der Ausplünderung des Volkes über Steuern und Strompreise bedeutet, wobei heute noch gar nicht absehbar ist, wieviel vom Staat noch zugeschossen werden müssen;

weil sich Österreich durch seine Mitgliedschaft in der Internationalen Energieagentur gegen die Dritte Welt und die gerechten Bestrebungen der erdölproduzierenden Länder der Dritten Welt stellt und auch aus diesem Grund das AKW-Programm beschleunigt.

Aus allen diesen Gründen ist das Atomkraftwerksprogramm von Anfang an auf Widerstand gestoßen. Im Laufe des letzten Jahres ist daraus eine breite Massenbewegung geworden. Am 26. Oktober 1977, als über 6.000 Menschen zum Bundeskanzleramt und anschließend zum Parlament marschierten, ergriffen auch Betriebsräte das Wort. Tausende Gewerkschaftsmitglieder nahmen aktiv an diesen Demonstrationen und an anderen Aktionen teil und haben in vielfältiger Form ihre Ablehnung der AKW-Politik der Regierung zum Ausdruck gebracht. Der Beschluß des ÖGB-Bundesvorstandes für die rasche Inbetriebnahme Zwentendorfs widerspricht den Interessen der österreichischen Arbeiter, Angestellten, Beamten, d.h. der Masse der Gewerkschaftsmitglieder.

Um seine Position zu stützen, erklärt der ÖGB-Bundesvorstand die AKW-Technologie und das AKW Zwentendorf als sicher. Das ist nicht wahr.

Das AKW Zwentendorf liegt auf einer Erdbebenlinie und in unmittelbarer Nähe der Millionenstadt Wien. Die Atommüllagerung ist weder technisch noch politisch gelöst, die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, mit der die Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H. und die österreichische Regierung einen Vertrag schließen, soll nach den Forderungen französischer Gewerkschafter wegen katastrophaler Mängel und Schäden sofort den Betrieb stoppen.

Um seine Haltung zu rechtfertigen, behauptet der ÖGB-Bundesvorstand, das AKW Zwentendorf sichere Arbeitsplätze. Das ist eine Lüge. Vom AKW Zwentendorf und seiner Inbetriebnahme oder nicht wird es nicht abhängen, ob es zu den angekündigten 100.000 und mehr Arbeitslosen sowie vielen jugendlichen Arbeitslosen in Österreich in nächster Zeit kommen wird, sondern vor allem vom Verlauf der Krise, und diese würde auch nicht durch Strommangel hervorgerufen.

Trotz genügend und für die Großunternehmer spottbilligen Strom ist es zu der Krise gekommen und kein AKW wird an ihr etwas ändern.

Das Atomkraftwerksprogramm sichert auch keineswegs, wie der ÖGB-Bundesvorstand behauptet, die Unabhängigkeit, sondern liefert Österreich dem Druck und den Erpressungen gerade der beiden Supermächte aus, die das gesamte Uranbrennstoffgeschäft kontrollieren und monopolisieren.

Der Widerstand gegen das AKW-Programm ist notwendig und gerecht. Der Kampf der Bauern und der werktätigen Bevölkerung im Tullnerfeld, im Wald- und Weinviertel, um St. Pantaleon und in Vorarlberg verdient unsere volle Unterstützung. Arbeiter, Bauern, das gesamte Volk, sie können die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf verhindern und das AKW-Programm durchkreuzen.

Die Regierung will vielleicht noch im April das Parlament für das AKW-Programm abstimmen lassen. Damit will sie sich freie Hand für die Inbetriebnahme schaffen. Das gibt sie zugleich als „Demokratie" aus. Demokratisch ist, was den Interessen des Volkes dient. Deshalb fordern wir: Nicht Regierung, nicht Parlament – das Volk soll entscheiden – Volksabstimmung!

Gegen den Betrug mit der Parlamentsdebatte und für eine Zusammenfassung und weitere Stärkung aller Kräfte der Bewegung im Kampf gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf ruft die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) zu einer zentralen Demonstration am Vormittag des 9. April in Wien zum Parlament auf. Die Gewerkschafterkonferenz ruft auf, von den Betrieben und Gewerkschaften her für eine zahlreiche und organisierte Teilnahme an der Demonstration zu sorgen, diesen Aufruf in möglichst vielen Betrieben bekanntzumachen, den Widerstand gegen die AKW-Politik der Regierung in der Gewerkschaft zu stärken und zu verbreitern.

Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf – Volksabstimmung!

Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf oder anderswo in Österreich!

Kein AKW in St. Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich!

Kein AKW an Österreichs Grenzen, nicht in Rüthi, nicht in der CSSR, nicht in Marienberg/Rosenheim!

An die Bauern des Tullnerfeldes und des Waldviertels

Die Gewerkschafterkonferenz Österreichischer Atomkraftwerksgegner vom 12.3.78, zu der Betriebsräte, Personalvertreter, Jugendvertrauensräte aus verschiedenen Branchen und verschiedensten Teilen Österreichs gekommen sind, drückt ihre Solidarität und volle Unterstützung des gerechten Widerstandes der Bauern und der gesamten werktätigen Bevölkerung in den unmittelbar vom Atomkraftwerksprogram betroffenen Gebieten aus.

Der Widerstand im Wald- und Weinviertel, ganz wesentlich getragen von unzähligen kleinen Bauern, hat bis heute erfolgreich verhindert, daß der Atommüll unter abenteuerlichen Umständen, mit technisch unausgereiften Methoden und in einem geologisch von Bruchlinien durchzogenem Gebiet vergraben wird. Ein wichtiger Meilenstein dieses Kampfes war die Demonstration von 3.500 Menschen am 25. Juni 1977 in Allentsteig, wo auch mit hunderten von Traktoren aufgefahren wurde.

Die Wachsamkeit und Aktivität vieler Bauern um St. Pantaleon hat schon frühzeitig die Pläne für die Errichtung des zweiten Atomkraftwerkes durcheinandergebracht und wird auch für die Be- und Verhinderung des bevorstehenden Baubeginns maßgeblich sein.

In Vorarlberg waren und sind es tausende Arbeiter und Bauern im Ländle, die seit Jahren erfolgreich den Bau des AKW Rüthi/Schweiz an der Grenze zu Österreich vereint mit dem Widerstand des Schweizer Volkes verhindern. Da nach internationalem Völkerrecht gegen AKW's in Grenznähe die Regierung nur so lange etwas unternehmen könnte, als es im eigenen Land kein AKW gibt, verbessert ein Erfolg bei der Verhinderung des AKW Zwentendorf die Möglichkeiten beim Kampf gegen AKW's in Grenznähe.

Im Tullnerfeld, wo das erste Atomkraftwerk steht und in Betrieb gehen soll, hat sich gerade in der letzten Zeit der Widerstand unter der bäuerlichen Bevölkerung verstärkt und die Bewußtesten haben sich in einer Initiative zusammengeschlossen. Die Bauern sagen: „Wenn wir einmal tausend nach Zwentendorf gehen, dann kann die GKT (Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H.) kopfstehen, das wird ihr nichts nützen. Die Bauern lassen sich nicht aus dem Tullnerfeld vertreiben."

Mensch und Natur werden vom Atomkraftwerksprogramm in hohem Maße bedroht. Die Bauern in den unmittelbar betroffenen Gebieten spüren das am deutlichsten und sind eine große Kraft für den Widerstand gegen das AKW-Programm in ganz Österreich. Das Unterpfand für den entscheidenden Erfolg im Kampf aber liegt darin, daß sich Arbeiter und Bauern gemeinsam Schulter an Schulter zum Kampf erheben, daß das ganze Volk sich gegen die Inbetriebnahme Zwentendorfs, gegen die Atommüllagerung vereint. Die Gewerkschafterkonferenz Österreichischer Atomkraftwerksgegner hat beschlossen, von den Betrieben, Fabriken, Büros, Kaufhäusern, Schulen her für eine zahlreiche Beteiligung an der Demonstration am 9. April zum Parlament in Wien zu sorgen, zu der die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) aufruft. Die Teilnehmer der Gewerkschafterkonferenz rufen die Bauern, die gesamte werktätige Bevölkerung des Tullnerfeldes, des Wald- und Weinviertels, um St. Pantaleon und in Vorarlberg dazu auf, am 9. April nach Wien zur Demonstration zu kommen und dem Parlament, das mit seinem Beschluß einen großen Betrug inszeniert, zu zeigen: *Das Volk will kein Atomkraftwerk, dem muß sich die Regierung beugen!*

Und: *Wer fürs AKW entscheidet, kann kein Volksvertreter sein!*

Offener Brief an den ÖGB-Bundesvorstand

Der Beschluß des ÖGB-Bundesvorstandes vom Jahr 1977, das AKW Zwentendorf so bald wie möglich in Betrieb zu nehmen, ist ein Beschluß gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung, die das Energie- und AKW-Programm der Regierung voll zu tragen haben.

Eben weil sich der Widerstand gegen das abenteuerliche Energie- und AKW-Programm – mit all seinen Folgen für die Werktätigen – an der Basis der Gewerkschaften in den Betrieben vor allem im letzten Jahr entwickelt hat, versucht der ÖGB-Vorstand mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, die Gewerkschaftmitglieder auf diesen Beschluß und die damit verbundene Politik einzuschwören.

Wir fordern:

– Zurücknahme des Beschlusses des ÖGB-Bundesvorstandes!

– Einstellung der irreführenden, mit Verdrehungen und Unwahrheiten durchsetzten Propaganda für das AKW Zwentendorf und der offenen Diffamierung und Hetze gegen die AKW-Gegner-Bewegung in der Gewerkschaftspresse.

– Veröffentlichung des offenen Briefes und des Aufrufs in der Gewerkschaftspresse.

– Die Gewerkschaft muß den Interessen der Arbeiter und Angestellten sowie des ganzen Volkes entsprechend gegen das AKW-Programm auftreten.